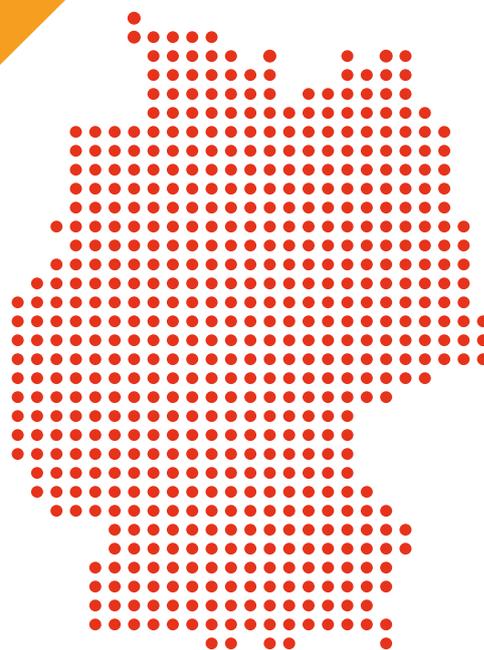


# Sozialrechts- monitor

2021

Deutschland



**solidar**



TOGETHER FOR  
SOCIAL EUROPE

Die Strategiegruppe in Deutschland benennt Ungleichheiten als größtes gesellschaftliches Problemfeld, das in Angriff genommen werden muss. Demnach ist insbesondere das derzeitige Bildungssystem dafür verantwortlich, dass Ungleichheiten und die Diskriminierung von Menschen bereits ab einem sehr frühen Alter entstehen. Die Pandemie verstärkte diese Probleme in allen Aspekten des täglichen Lebens und machte die Notwendigkeit deutlich, den zivilen und gesellschaftlichen Dialog auf allen Ebenen zu intensivieren, und dabei Expertise und Zuarbeiten zu einer Bildungsreform einzubringen.

	2018	2019	2020	EU-27 2020
<b>GINI-Index<sup>1</sup></b>	31,1	29,7	34,4	30,1
<b>Arbeitslosigkeit<sup>2</sup></b>	3,4%	3,1%	3,8%	6,3%
<b>Gleichstellungsindex<sup>3</sup></b>	66,9 (2019)	67,5 (2020)	68,6 (2021)	67,9 (2020)
<b>Armut trotz Erwerbstätigkeit<sup>4</sup></b>	9%	7,9%	10,6%	9,2%
<b>Überbelegung von Wohnraum<sup>5</sup></b>	7,4%	7,8%	10,3%	15,6%
<b>CIVICUS Civic Space Monitor<sup>6</sup></b>	OFFEN	OFFEN	OFFEN	Keine Angabe

### Ausgewählte Indikatoren zum Stand der sozialen Rechte in Europa

Fehlende Daten für 2020 sind zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Sozialrechtsmonitors 2021 nicht verfügbar

# Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt

Das staatliche Sozialsystem Deutschlands hat die Einkommensausfälle von Beschäftigten durch die Corona-Krise deutlich abgefangen. Die Pandemie hat jedoch im Durchschnitt zu einer Senkung des Bruttoeinkommens um etwa 3 % und bei den ärmsten 10 % der Bevölkerung um 4,3 % geführt.<sup>7</sup> **Insbesondere das Kurzarbeitergeld<sup>8</sup> stabilisierte die Einkommen in hohem Maße.** Die Arbeitslosenquote ging leicht zurück: auf 3,3 % im August 2021 im Vergleich zu 4 % im September 2020.<sup>9</sup> Doch gerade junge Arbeitnehmende und Beschäftigte

in prekären Situationen sind nicht ausreichend geschützt worden, und die Arbeitslosenquote bei Menschen bis zu 24 Jahren nahm zu und lag im August 2021 bei 6,7 %.<sup>10</sup>

Sozialpartner spielten bei der Verhandlung der Bestimmungen und Maßnahmen zum Umgang mit der Corona-Notlage in Deutschland eine wichtige Rolle. Zugunsten einer schnellen Reaktion auf die Pandemie und die Festlegung der Kurzarbeitergeld-Programme wurden Tarifverhandlungen gleichzeitig zurückgestellt.

1 Eurostat (2021). Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens: [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?lang=en&dataset=ilc\\_di12](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?lang=en&dataset=ilc_di12)

2 Eurostat (2021). Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Alter: Jahresdaten: [https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une\\_rt\\_a&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une_rt_a&lang=en)

3 Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (2020). Gleichstellungsindex: <https://eige.europa.eu/gender-equality-index/2021/DE>

4 Eurostat (2021). Armutsquote trotz Erwerbstätigkeit: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tespm070/default/table?lang=en>

5 Eurostat (2021). Überbelegungsquote nach Alter, Geschlecht und Armutsstatus – Gesamtbevölkerung: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc\\_lvho05a/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_lvho05a/default/table?lang=en)

6 CIVICUS (2021). Civic Space Monitor - Deutschland: <https://monitor.civicus.org/country/germany/>

7 IAB, ifo (2020) Sozialstaat federt Einkommensverluste durch Corona ab: <https://www.ifo.de/node/60456>

8 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2020) Fragen und Antworten zu Kurzarbeit und Qualifizierung: [https://beb-ev.de/wp-content/uploads/2020/03/FuA\\_BMAS-Kurzarbeit.pdf](https://beb-ev.de/wp-content/uploads/2020/03/FuA_BMAS-Kurzarbeit.pdf)

9 Destatis Statistisches Bundesamt (2021) Arbeitslosigkeit: <https://www.destatis.de/EN/Themes/Labour/Labour-Market/Unemployment/Tables/press-month2.html;jsessionid=7274A4686306AE3F19B96AB1733655E2.live732>

10 Ibid.

2020 wurde eine wichtige Einigung im öffentlichen Sektor erzielt, bei der Angestellte aus diesem Bereich eine Einmalzahlung zwischen 300 € und 600 € als Ausgleich für die erhöhte Arbeitsbelastung während der Pandemie und für die gelegentliche Telearbeit erhielten. **Die Telearbeit erhöhte den Druck insbesondere auf arbeitende Alleinerziehende, vor allem Frauen und Eltern von Kindern mit Behinderungen, die nun keine notwendige Lernunterstützung mehr erhielten.**<sup>11</sup>

## INKLUSION VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

Nach Ansicht der Strategiegruppe verfügt Deutschland über verschiedene Maßnahmen, die auf die Integration von Neuankömmlingen in Deutschland ausgerichtet sind. Zu den populärsten zählen Deutschsprachkurse und Kurse zur kulturellen und gesellschaftlichen Integration. Die Strategiegruppe berichtet jedoch, dass die staatlich angebotenen Kurse häufig von geringer Qualität sind und als Frontalunterricht stattfinden, was Neuankömmlinge demotiviert und oftmals dazu führt, dass diese den Kurs abbrechen, bevor sie ein angemessenes Sprachniveau im Deutschen erreicht haben. Daher sind nach Angabe der Strategiegruppe Kurse und Orte des Austauschs, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort angeboten werden, unerlässlich für die Förderung der Inklusion und des Wohlbefindens von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten im gesamten Land.

Der Nationale Aktionsplan Integration (NAP-I) wurde 2018 mit vereinten Kräften und Vorschlägen von der Bundesregierung, den Bundesländern, den Kommunalbehörden und der Zivilgesellschaft erarbeitet, darunter mehr als 75 Migrantenorganisationen.<sup>12</sup> Der Plan wurde im Rahmen eines Integrationsgipfels im März 2021<sup>13</sup> überarbeitet. Es sind fünf Integrationsphasen vorgesehen, beginnend mit der Phase vor der Zuwanderung, über die Erstintegration, Eingliederung und das Zusammenwachsen bis hin zum Zusammenhalt. Deutschland hat seinen Ansatz zur Inklusion von Migrantinnen und Migranten nicht grundlegend geändert, und die Verordnungen des Landes bieten keine langfristige Unterstützung.<sup>14</sup> Migrantinnen und Migranten stehen beispielsweise vor Schwierigkeiten bei der Familienzusammenführung und dürfen keine doppelte Staatsbürgerschaft haben: Stattdessen müssen sie ihre vorherige Staatsangehörigkeit ablegen, bevor sie die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben können. Antidiskriminierungsmaßnahmen sollten auch verbessert werden, da Betroffene häufig keine Gerechtigkeit erfahren.<sup>15</sup> Die Strategiegruppe empfiehlt daher, dass die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) finanzierten Programme Hand in Hand mit der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen gehen sollten. Sie empfiehlt, dass die Ausarbeitung derartiger Programme in Abstimmung und dauerhafter Zusammenarbeit mit Organisationen erfolgen sollte, die täglich mit Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten arbeiten.

11 Eurofound (2021) Living and working conditions in Germany (In Deutschland leben und arbeiten): <https://www.eurofound.europa.eu/country/germany#highlights-working-life-in-2020>

12 Bundesregierung (2021) NAP-I: Bundesregierung, Bundesländer, Kommunalbehörden und Zivilgesellschaft, darunter mehr als 75 Migrantenorganisationen

13 Euractiv (2021) Germany revisits integration policy as critics demand 'paradigm shift' (Deutschland überarbeitet Integrationspolitik, da Kritiker Paradigmenwechsel fordern): <https://www.euractiv.com/section/non-discrimination/news/german-integration-policy-needs-a-paradigm-shift-opposition-migrant-organisations-say/>

14 MIPEX (2020) Länderbericht Deutschland: <https://www.mipex.eu/germany>

15 Ibid.

## GUTES PRAXISBEISPIEL lagfa bayern e.V.

lagfa bayern<sup>16</sup> ist Dachverband für rund 120 Freiwilligenagenturen, -zentren und Koordinierungszentren Bürgerschaftlichen Engagements in Bayern. Der Verein engagiert sich auf Bundeslandebene für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und stellt Gelder für das Projekt „Sprache schafft Chancen“<sup>17</sup> bereit, das Initiativen und Projekte unterstützt, die Menschen mit Fluchterfahrung und Migrationshintergrund helfen, Deutsch zu lernen. Zudem fördert lagfa bayern e.V. insbesondere eine berufsbezogene Sprachförderung, um den neu angekommenen Menschen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

## BILDUNG UND JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Die Ausgaben der öffentlichen Hand liegen in Deutschland in allen Bereichen oberhalb des OECD-Durchschnitts.<sup>18</sup> Der Lehrerberuf gilt als sehr attraktiv, da Lehrkräfte in Deutschland die höchsten Durchschnittsgehälter der OECD-Länder erhalten.<sup>19</sup> Laut Strategiegruppe scheint dies jedoch offensichtlich nicht auszureichen, um pädagogische Fairness und Chancengleichheit für Schülerinnen und

Schüler sowie Lernende sicherzustellen. 2020 lag der Anteil von Schulabbrechern in Deutschland um 10 % über dem europäischen Durchschnitt.<sup>20</sup> Das ist eine besorgniserregende Zahl, wenn man bedenkt, dass die Gefahr von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung bedroht zu sein unter Menschen höher ist, die die Schule in einem jungen Alter abbrechen oder keinen Bildungsabschluss haben.<sup>21</sup> **Nach Angabe der Strategiegruppe ist das deutsche Bildungssystem in seiner derzeitigen Form nicht geeignet**, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen einzuräumen. Der sozioökonomische Status von Jugendlichen wirkt sich in erheblichem Maße bereits im frühen Alter auf ihre Bildungsbeteiligung aus und schafft einen Effekt, der sich von einer Bildungsebene zur nächsten verstärkt.

Auch wenn die Studiengebühren in Deutschland zu den niedrigsten in ganz Europa zählen,<sup>22</sup> sorgt dies nicht automatisch für ein offenes und inklusives Bildungssystem. Die Schulpflicht beginnt in Deutschland mit sechs Jahren, wenn die Schüler und Schülerinnen in die Grundschule kommen. Ungleichheiten beginnen jedoch bereits in einer sehr frühen Phase. Nach der Grundschule gibt es unterschiedliche Bildungswege, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führen und mögliche Entscheidungen zu einem späteren Zeitpunkt ausschließen können. Nur Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besucht haben, erhalten einen Hochschulzugang.<sup>23</sup> Sobald die Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 Jahren die Vollzeitschulpflicht abgeschlossen haben, ist der nächste Schritt bereits

16 lagfa bayern e.V.: <https://lagfa-bayern.de/>

17 Sprache schafft Chancen: <https://lagfa-bayern.de/projekte/sprache-schafft-chancen/>

18 OECD (2021) Education at a glance 2021 (Bildung auf einen Blick 2021): Germany (Deutschland): <https://www.oecd-ilibrary.org/sites/e4292276-en/index.html?itemId=/content/component/e4292276-en>

19 Ibid.

20 Eurostat (2021) Early leavers from education and training (Schul- und Ausbildungsabbrecher): [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Early\\_leavers\\_from\\_education\\_and\\_training](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Early_leavers_from_education_and_training)

21 Eurostat (2021) Key figures on Europe 2021 (Wichtige Zahlen zu Europa 2021): <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/13394938/KS-EI-21-001-FN-N.pdf/ad9053c2-debd-68c0-2167-f2646efeaeec1?t=1632300620367>

22 OECD (2021) Education at a glance 2021 (Bildung auf einen Blick 2021): Germany (Deutschland): <https://www.oecd-ilibrary.org/sites/e4292276-en/index.html?itemId=/content/component/e4292276-en>

23 Eurydice (2021) Deutschland Übersicht [https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/germany\\_de](https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/germany_de)

durch den Bildungsweg festgelegt, der nach der Grundschule eingeschlagen worden ist. Nach Ansicht der Strategiegruppe spielt die sozioökonomische Situation eines Kindes eine entscheidende Rolle für dessen mögliche Bildungschancen. Dies wird auch durch eine OECD-Studie aus dem Jahr 2021 bestätigt,<sup>24</sup> in der es heißt, dass **der ökonomische Status in Deutschland im Durchschnitt einen höheren Einfluss auf die Lernergebnisse hat, als in anderen OECD-Ländern.** Dies führt zu größeren Nachteilen für Lernende mit einem Migrationshintergrund und von Personen mit spezifischen Bildungsbedürfnissen.

Die Pandemie hat diese Ungleichheiten noch verstärkt. Bei Schülerinnen und Schülern aus Familien mit höherem Einkommen ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie ein Gymnasium besuchen, zudem haben sie eine bessere Chance als andere Lernende, mit einem digitalen Gerät ausgestattet zu werden, eine sichere Lernumgebung zu haben und Unterstützung von ihren Eltern zu erhalten. Die Pandemie hat außerdem Bedenken zu den Berufsaussichten von jungen Erwachsenen aufgeworfen. Die Arbeitslosenquote von Personen zwischen 25 und 34 Jahren mit einer Sekundarschulbildung betrug 2020 12,1 % – das ist ein Anstieg um 0,2 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr.<sup>25</sup> Durch die Corona-Krise sank zudem das Beschäftigungsniveau junger Erwachsener,<sup>26</sup> mit besonderen Tiefständen im jeweils letzten Quartal der Jahre 2020 und 2021.<sup>27</sup> Zudem erwartet das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS), dass die Jugendarbeitslosigkeit in den kommenden Jahren dramatisch ansteigen wird, insbesondere bei Menschen mit Migrationshintergrund.<sup>28</sup>

## GUTES PRAXISBEISPIEL Street College

Das Street College-Projekt,<sup>29</sup> das vom Verein Gangway in Berlin organisiert wird, bietet einen Freiraum für individuelles und selbstbestimmtes Lernen. Es verfolgt einen radikal bedarfs-, stärkenorientierten, und eigenverantwortlichen Lernansatz. Die Studierenden bestimmen das Kursprogramm und können die Inhalte ihren Interessen entsprechend gestalten. Das Angebot richtet sich an Studierende, die Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren haben, von psychologischen Problemen betroffen sind, in schwierigen sozialen Verhältnissen leben oder mit traumatischen Erfahrungen zu kämpfen haben. Zusätzlich zum Erwerb beruflicher Kompetenzen wird viel Wert auf die Reflexion persönlicher Stärken gelegt.

## GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Trotz einiger Verbesserungen im vergangenen Jahr bei der Repräsentation von Frauen in Entscheidungspositionen von Politik und Wirtschaft sind Frauen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt und zu Hause mit Nachteilen konfrontiert. **In Deutschland waren die Arbeitsplätze, bei denen Frauen überdurchschnittlich stark vertreten sind, d. h. gering-qualifizierte, befristete und häusliche Arbeitsplätze, die ersten, die im März**

24 OECD (2021) Education at a glance 2021 (Bildung auf einen Blick 2021): Germany (Deutschland): <https://www.oecd-ilibrary.org/sites/e4292276-en/index.html?itemId=/content/component/e4292276-en>

25 Ibid.

26 Destatis Statistisches Bundesamt (2021) Arbeitslose in Deutschland insgesamt: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Arbeitsmarkt/arb110.html>

27 Ibid.

28 FiBS (2020) Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland in Krisenzeiten: [https://jugendsozialarbeit.news/wp-content/uploads/2020/10/FiBS\\_Forum\\_075\\_Jugendarbeitslosigkeit\\_in\\_Deutschland\\_final\\_erg.pdf](https://jugendsozialarbeit.news/wp-content/uploads/2020/10/FiBS_Forum_075_Jugendarbeitslosigkeit_in_Deutschland_final_erg.pdf)

29 Street College-Projekt: <https://streetcollege.de/>

**2020 aufgrund des Ausbruchs der Pandemie abgebaut wurden.**<sup>30</sup> Als Maßnahmen zur Eindämmung der Virusausbreitung beschlossen wurden, waren der Kultur-, Bildungs- und Pflegesektor davon am heftigsten betroffen – all dies sind Bereiche, in denen Frauen die Mehrheit der Arbeitskräfte ausmachen. Zum Beispiel arbeiten 32 % der Frauen in Deutschland im Bildungs- und Sozialwesen, gegenüber gerade einmal 9 % Männern.<sup>31</sup> Eine wichtige, von der Regierung verabschiedete Maßnahme zur Minderung der negativen Auswirkungen der Krise war das Kurzarbeitergeld,<sup>32</sup> von dem Frauen allerdings am wenigsten profitierten. Da das Kurzarbeitergeld anhand der Arbeitsstunden berechnet wurde, erhielten Personen, die in Teilzeit arbeiteten, weniger Geld. **In Deutschland sind 24 % Frauen in Teilzeit angestellt, gegenüber 4 % Männern, d. h., dass Frauen mit einer sechsmal höheren Wahrscheinlichkeit in Teilzeit arbeiten als Männer.**<sup>33</sup> Der höhere Anteil an Teilzeitarbeit von Frauen hängt mit ihren Tätigkeiten in der Pflege und im Haushalt zusammen. Während 72 % der in Deutschland lebenden Frauen angeben, dass sie das tägliche Kochen und die Arbeiten im Haushalt übernehmen, sagen das nur 29 % der Männer von sich. Frauen in Deutschland sind zudem auch eher für die Pflege älterer oder behinderter Menschen

sowie von Kindern verantwortlich.<sup>34</sup> In Folge verdienen 23 % der Frauen in Deutschland ein Bruttogehalt von 1.999 € oder weniger, das sind 10 Prozentpunkte mehr als der Wert von 13 % bei Männern.<sup>35</sup>

Die Elternzeit wird in Deutschland durch das Elterngeldgesetz<sup>36</sup> geregelt. Der Betrag entspricht 65 % oder 100 % des monatlichen Gehalts des Elternteils, das die Elternzeit in Anspruch nimmt, und basiert auf der Länge der Elternzeit, die bis zu 12 Monate betragen kann. Wenn beide Elternteile mindestens zwei Monate bezahlte Elternzeit nehmen, kann einer von ihnen einen zweimonatigen Partnerschaftsbonus erhalten, sodass ein Elternteil bis zu 14 Monate Elternzeit nehmen kann.<sup>37</sup> Die deutsche Strategieguppe begrüßt diese Maßnahme, die Väter dazu ermutigen soll, in Elternzeit zu gehen. Sie kritisiert jedoch Arbeitgeber, die Männer davon abhalten, Elternzeit zu beantragen, was häufiger auftritt. Das Hauptproblem liegt nach Angabe der Strategieguppe in den fehlenden Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder. Einen Kinderbetreuungsplatz zu finden, wird immer schwieriger, meldet das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer Studie,<sup>38</sup> nach der eines von sieben Kindern keinen Platz in einer öffentlichen Betreuungseinrichtung erhält.

30 Europäisches Parlament (2020) Prekäre Beschäftigung aus der Geschlechter- und Intersektionalitätsperspektive: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/662491/IPOL\\_STU\(2020\)662491\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/662491/IPOL_STU(2020)662491_EN.pdf)

31 EIGE (2021) Segregation and quality of work – Germany (Aufteilung und Qualität von Arbeitsplätzen – Deutschland): <https://eige.europa.eu/gender-equality-index/2021/domain/work/DE>

32 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2020) Fragen und Antworten zu Kurzarbeit und Qualifizierung: [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/2020-03-18-kurzarbeitergeldfaq.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/2020-03-18-kurzarbeitergeldfaq.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

33 Destatis Statistisches Bundesamt (2020) Kernerwerbstätige in unterschiedlichen Erwerbsformen nach soziodemografischen Merkmalen und Wirtschaftsabschnitten: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/atypische-beschaeffigung.html>

34 EIGE (2021) Pflgetätigkeiten – Deutschland: <https://eige.europa.eu/gender-equality-index/2021/domain/time/DE>

35 D. Hobler, S. Pfahl, A. Zucco (2020) 30 Jahre Deutsche Einheit, Gleichstellung von Frauen und Männern auf den Arbeitsmärkten in West- und Ostdeutschland? – WSI Report Nr. 60: <https://www.econstor.eu/handle/10419/225423>

36 Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/gesetze/gesetz-zum-elterngeld-und-zur-elternzeit-73806>

37 EIGE (2021) Who is eligible for parental leave in Germany (Anspruchsberechtigte auf Elterngeld in Deutschland): <https://eige.europa.eu/publications/who-eligible-parental-leave-germany>

38 DW (2021) Germany with massive shortage in day care spots, study finds (Laut Studie massiver Mangel an Kinderbetreuungsplätzen in Deutschland): <https://www.dw.com/en/germany-with-massive-shortage-in-day-care-spots-study-finds/a-55232526>

# Soziale Absicherung und Inklusion

## WOHNRAUM

Die Preise für Wohnraum und Mieten sind der Strategieguppe zufolge **einer der Hauptgründe für wachsende Ungleichheiten bei den Lebensbedingungen**. Die durchschnittliche Miete stieg in den vergangenen sieben Jahren kontinuierlich an. Die Miete für einen Quadratmeter eines neu errichteten Wohnraums betrug 2013 8 € und ist 2021 auf mehr als 10 € angestiegen.<sup>39</sup> Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen finden häufig keinen bezahlbaren Wohnraum, was sich an den etwa 2 Millionen Menschen zeigt, die im Winter 2020 ihre Wohnungen nicht angemessen heizen konnten<sup>40</sup> sowie an der steigenden Anzahl von Personen, die in Deutschland in überbelegtem Wohnraum lebt, insbesondere in den Großstädten.<sup>41</sup>

Um diese Probleme anzugehen, wurde in Berlin die Maßnahme zur Mietenbegrenzung, der sogenannte Mietendeckel, verabschiedet.<sup>42</sup> Dieser besteht im Wesentlichen aus drei Regelungskomplexen für Wohnungen, die in den Geltungsbereich fallen: Mietstopp, der verhindert, dass die Miete über die zum Juni 2019 vereinbarte Miete steigt, eine

Mietenbegrenzung und ein gesetzliches Verbot überhöhter Mieten. Die Maßnahme wurde bereits 2015 in Berlin getestet und stellte sich als wirksam heraus: In nur einem Monat sanken die Mieten um durchschnittlich 3 %.<sup>43</sup>

Der Mietendeckel hat jedoch viele Kontroversen ausgelöst, und im März 2021 erklärte der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts das Gesetz für nichtig<sup>44</sup> und gab an, dass es mit der deutschen Verfassung, dem Grundgesetz, unvereinbar sei. Die Mieter mussten daraufhin die Differenz zwischen der im Mietendeckel festgelegten Obergrenze und der vertraglich vereinbarten Miete zurückzahlen.<sup>45</sup>

## ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Das Armutsproblem hat sich in den vergangenen Jahren in Deutschland stetig verschärft. Darüber hinaus wurde eine **Vergrößerung des Wohlstandsgefälles** verzeichnet, und die Pandemie traf die ärmsten Menschen härter als andere. **Im Jahr 2021 sind 15 % der Menschen in Deutschland von Armut und 17 % von sozialer Ausgrenzung bedroht.**<sup>46</sup> Diese

39 Statista (2021) Average rent price of residential property in Germany (Durchschnittlicher Mietpreis von Wohnraum in Deutschland): <https://www.statista.com/statistics/801537/average-rent-price-of-residential-property-in-germany/>

40 Destatis Statistisches Bundesamt (2021) 2 Millionen Menschen in Deutschland konnten 2019 aus Geldmangel ihre Wohnung nicht angemessen heizen: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/02/PD21\\_066\\_639.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/02/PD21_066_639.html)

41 Destatis Statistisches Bundesamt (2020) Pressemitteilung Nr. N 079 vom 26. November 2020: [https://www.destatis.de/EN/Press/2020/11/PE20\\_N079\\_634.html;jsessionid=D4289104E24C8346CCBA7CAF316B93D7.live731https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/11/PD20\\_N079\\_634.html](https://www.destatis.de/EN/Press/2020/11/PE20_N079_634.html;jsessionid=D4289104E24C8346CCBA7CAF316B93D7.live731https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/11/PD20_N079_634.html)

42 Berliner Mieterverein (2021) So funktionierte das Mietendeckelgesetz: <https://www.berliner-mieterverein.de/mietendeckel/die-regeln-des-mietendeckel-gesetzes-und-tipps-zur-anwendung.htm>

Mietendeckel: <https://www.berlin.de/sen/justiz/service/gesetze-und-verordnungen/2020/ausgabe-nr-6-vom-22-2-2020-s-49-56.pdf>

43 BBC (2015) Will Berlin's brake on rents be good for Germany? (Ist die Berliner Mietenbremse gut für Deutschland?): <https://www.bbc.com/news/world-europe-34066100>

44 Bundesverfassungsgericht (2021) Beschluss vom 25. März 2021: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-028.html>

45 Berlin Stadtportal (2021) Berliner Mietendeckel – Fragen und Antworten: <https://mietendeckel.berlin.de/>

46 Destatis Statistisches Bundesamt (2021) Lebensbedingungen: [https://www.destatis.de/EN/Themes/Society-Environment/Income-Consumption-Living-Conditions/Living-Conditions-Risk-Poverty/\\_node.htmlhttps://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/EN/Themes/Society-Environment/Income-Consumption-Living-Conditions/Living-Conditions-Risk-Poverty/_node.htmlhttps://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/_inhalt.html)

Zahlen sind besonders düster, da die Anzahl der Personen, die von Armut gefährdet ist, bereits seit einem Jahrzehnt steigt und durch die Pandemie noch weiter verschärft wurde.<sup>47</sup> Am beunruhigsten ist, dass Personen, die in Deutschland unter die Armutsgrenze gefallen sind, nach Angaben des Statistischen Bundesamts sehr wahrscheinlich längere Zeit arm bleiben werden. Demnach sind 44 % der armen Bevölkerung von dauerhafter Armut bedroht, das ist eine Verdopplung der Zahl von 1998.<sup>48</sup>

Von der Pandemie überproportional stark betroffen waren weltweit Personen mit niedrigem Einkommen, aber dies traf insbesondere auf Deutschland zu. Gleichzeitig ist Deutschland, zusammen mit Frankreich, **das europäische Land, in dem Milliardäre ihren Reichtum am meisten gesteigert haben.**<sup>49</sup> Parallel dazu tritt Armut trotz Erwerbstätigkeit immer häufiger auf. 2021 waren 10,6 % der Beschäftigten in Deutschland trotz Arbeitsstelle von Armut bedroht,<sup>50</sup> was negative psychosoziale Auswirkungen zur Folge hatte. Das galt insbesondere für Selbstständige, alleinerziehende Eltern – vor allem Frauen – und Menschen mit Migrationshintergrund.<sup>51</sup>

## GESUNDHEITSVERSORGUNG

Noch liegen keine umfassenden Daten zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf

die öffentlichen Ausgaben im Jahr 2021 vor, aber die Ausgaben der öffentlichen Hand in Deutschland für das Gesundheitswesen sind 2020 um etwa 3 % im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.<sup>52</sup> **In Jahren vor der Pandemie nahm der Anteil des BIP, der für die Gesundheitsversorgung verwendet wird, stetig zu.**<sup>53</sup> **Dies reduzierte die Patientenauslagen<sup>54</sup> und führte dazu, dass das Gesundheitssystem besser auf den Umgang mit der Pandemie vorbereitet war.** In den kritischsten Zeiten der Hospitalisierung von Patientinnen und Patienten verabschiedeten einige Bundesländer, darunter Bayern, Maßnahmen, die Krankenhäuser zur Kooperation bei der Sicherstellung der Notfallversorgung verpflichteten.<sup>55</sup> Krankenhäuser, die keine Covid-19-Patienten behandelten, wurden aufgefordert, Personal bereitzustellen und andere Krankenhäuser zu entlasten, in dem sie Patientinnen und Patienten aufnahmen, die nicht mit dem Virus infiziert waren. Zudem wurden alle nicht notwendigen Behandlungen und Operationen verschoben.

Abgesehen von der Corona-Pandemie berichtet die Strategiegruppe, dass der Zugang zur Gesundheitsversorgung normalerweise jeder Person gewährt wird und die Krankenversicherungsquote bei nahezu 100 % liegt. Dennoch bestehen weiterhin Ungleichheiten zwischen Menschen mit einer gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und einer privaten Krankenversicherung (PKV). Durch diese Dualität

47 Destatis Statistisches Bundesamt (2020) Schwellenwert Armutsgefährdung und von Armut bedroht: [https://www.destatis.de/EN/Themes/Society-Environment/Income-Consumption-Living-Conditions/Living-Conditions-Risk-Poverty/Tables/eu-poverty-threshold-risk-silc.html;jsessionid=D4289104E24C8346CCBA7CAF316B93D7.live731https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/EN/Themes/Society-Environment/Income-Consumption-Living-Conditions/Living-Conditions-Risk-Poverty/Tables/eu-poverty-threshold-risk-silc.html;jsessionid=D4289104E24C8346CCBA7CAF316B93D7.live731https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/_inhalt.html)

48 Destatis Statistisches Bundesamt (2021) Pressemitteilung Nr. 113 vom 10. März 2021: [https://www.destatis.de/EN/Press/2021/03/PE21\\_113\\_p001.htmlhttps://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21\\_113\\_p001.html](https://www.destatis.de/EN/Press/2021/03/PE21_113_p001.htmlhttps://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_113_p001.html)

49 Forbes (2021) 2021 Liste der Milliardäre weltweit: <https://www.forbes.com/billionaires/>

50 Eurostat (2021). In-work at-risk-of-poverty-rate (Armutquote trotz Erwerbstätigkeit): <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tespm070/default/table?lang=en>

51 Destatis Statistisches Bundesamt (2021) Pressemitteilung Nr. 113 vom 10. März 2021: [https://www.destatis.de/EN/Press/2021/03/PE21\\_113\\_p001.htmlhttps://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21\\_113\\_p001.html](https://www.destatis.de/EN/Press/2021/03/PE21_113_p001.htmlhttps://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_113_p001.html)

52 WHO (2020) Global spending on health 2020: weathering the storm: (Weltweite Gesundheitsausgaben 2020: Dem Sturm trotzen) (S. 56): <https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/337859/9789240017788-eng.pdf?sequence=1&isAllowed=y>

53 Weltbank (2018) Current health expenditure (% of GDP) (Laufende Gesundheitsausgaben (% des BIP)): <https://data.worldbank.org/indicator/SH.XPD.CHEX.GD.ZS?locations=DE>

54 WHO (2018) Global Expenditure Database – Germany (Datenbank für weltweite Ausgaben – Deutschland): [https://apps.who.int/nha/database/country\\_profile/Index/en](https://apps.who.int/nha/database/country_profile/Index/en)

55 European Observatory on Health Systems and Policies (2021) Policy responses for Germany (Europäisches Observatorium für Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik. (2021) Politische Antworten für Deutschland): <https://www.covid19healthsystem.org/countries/germany/livinghit.aspx?Section=3.1%20Planning%20services&Type=Section>

können privat versicherte Patientinnen und Patienten – ca. 11 % der Bevölkerung<sup>56</sup> – Wartezeiten umgehen, indem sie direkte begrenzte Kosten selbst übernehmen. Darüber hinaus gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern, z. B. ist die Arztdichte in Hamburg doppelt so hoch wie in Brandenburg.<sup>57</sup>

Bei der Gesundheitsversorgung sind Migranten und Geflüchtete nach wie vor von Diskriminierung betroffen. Der Aufenthaltsstatus ist eine Voraussetzung für den Zugang zur Gesundheitsversorgung, und Sprachbarrieren halten Menschen oft davon ab, eine entsprechende Behandlung ohne die Hilfe anderer Personen zu erhalten.

## Zivilgesellschaftliche Freiräume

Die Pandemie stellte in ganz Europa die Vereinigungsfreiheit vor viele Herausforderungen, aber die Strategieguppe berichtet, dass diese in Deutschland im Verlauf des Jahres 2021 grundsätzlich geschützt und ausreichend gewahrt wurde. Viele Organisationen verzeichneten jedoch einen dramatischen Schwund an Mitgliedern und Freiwilligen, die häufig nur schwer wieder zu erreichen oder einzubinden sind, sodass die Organisationen weniger Präsenz zeigen können. Hinzu kommt, dass einzelne Organisationen der Zivilgesellschaft aufgrund der Hygieneregeln oder Datenschutzvorgaben im Zusammenhang mit dem digitalen COVID-Zertifikat der EU nach wie vor Bedenken haben, Aktionen und geplante Aktivitäten durchzuführen. Die Strategieguppe befürchtet, dass der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, bröckeln und somit das Herbeiführen von Solidarität schwieriger machen könnte, wenn Teilen der Zivilgesellschaft übliche Dienste und Möglichkeiten zum Treffen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Der CIVICUS-Indikator, der die zivilgesellschaftlichen Freiräume in Europa beobachtet, gibt an, dass diese in Deutschland offen sind.<sup>58</sup> Dennoch **wird die Pressefreiheit zunehmend bedroht und Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten haben zugenommen.**<sup>59</sup> Im letzten Bericht des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) wurde bestätigt, dass gewalttätige Angriffe 2020 einen Höchststand erreichten und 69 verifizierte Angriffe verzeichnet wurden.<sup>60</sup> Im Vergleich: 2019 wurden 14 Fälle registriert.

Die Strategieguppe berichtet, dass das Infektionsschutzgesetz<sup>61</sup> zur Eindämmung der Virusausbreitung teilweise die Versammlungsfreiheit eingeschränkt hat, die in der deutschen Verfassung, dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland<sup>62</sup>, festgelegt ist. Die Einschränkung der Versammlungsfreiheit wird von in Deutschland lebenden Menschen als umstritten wahrgenommen, aber die Strategieguppe bestätigt, dass friedliche Zusammenkünfte weiterhin möglich blieben.

56 OECD (2020) Das Deutsche Gesundheitssystem im internationalen Vergleich: <https://blog.oecd-berlin.de/das-deutsche-gesundheitssystem-im-internationalen-vergleich>

57 Ibid.

58 CIVICUS (2021) Monitor Deutschland: <https://monitor.civicus.org/country/germany/>

59 CIVICUS (2021) Decline in rsf world press freedom index amid increasing attacks on journalists (Herabstufung im World Press Freedom Index von RSF bei gleichzeitiger Zunahme der Angriffe auf Journalisten): <https://monitor.civicus.org/updates/2021/06/17/decline-rsf-world-press-freedom-index-amid-increasing-attacks-journalists/>

60 ECFMF (2021) Fact finding mission – Germany (Untersuchungsmission – Deutschland): <https://www.ecpmf.eu/monitor/fact-finding-mission/>

61 RKI (2021) Infektionsschutzgesetz: [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/IfSG/ifsg\\_node.html](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/IfSG/ifsg_node.html)

62 Deutscher Bundestag, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: <https://www.bundestag.de/gg>

# Nationale Aufbau- und Resilienzpläne

Nach Angaben der deutschen Strategiegruppe werden zivilgesellschaftliche Organisationen bei Regierungsberatungen in der Regel mit einbezogen, und dies geschah auch 2020 und 2021. Die Hauptberatungen erfolgen jedoch mit den Dachorganisationen, d. h. die Regierung hat selten Kontakt zu kleineren Organisationen der Zivilgesellschaft, die jedoch viel Grundlagenarbeit machen und sehr enge, direkte Beziehungen zu den Menschen unterhalten. **Die Strategiegruppe fordert, dass eine breite Vielfalt kleiner Strategiegruppen und ehrenamtlicher Initiativen besser gehört wird und mehr Raum und Plattformen für ihr Engagement erhalten, damit der zivile und gesellschaftliche Dialog nicht nur mit großen Wohlfahrtsverbänden geführt wird.** Auch wenn das ehrenamtliche Engagement in den Zeiten des Lockdowns in Deutschland und in vielen anderen analysierten Ländern sehr wichtig war, hat sich die Regierung nach Angabe der Strategiegruppe nicht unbedingt auf

diese Organisationen und ihre Aktivitäten konzentriert. Viele Aktivitäten konnten aufgrund der Corona-Regeln und des Lockdowns nicht durchgeführt werden. Dennoch organisierten Freiwillige in vielen Regionen vor Ort direkte Nachbarschaftshilfe für gefährdete Personen. Das bedeutet, dass Freiwilligenarbeit – ebenso wie öffentliche Dienstleistungen – systemrelevant ist. Leider erhielt die Freiwilligenarbeit jedoch nicht dieselbe Aufmerksamkeit und Anerkennung in der Öffentlichkeit.

Nach Angabe der Strategiegruppe wussten kleinere Organisationen nicht von ihrer Möglichkeit der Teilnahme an den Gesprächen zur Erarbeitung des nationalen Aufbau- und Resilienzplanes. Andere Organisationen berichteten dasselbe. Im Februar 2021 beklagte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB),<sup>63</sup> überhaupt nicht in die Konsultation mit der Regierung eingebunden worden zu sein.<sup>64</sup>

63 Deutscher Gewerkschaftsbund: <https://www.dgb.de/>

64 Deutscher Gewerkschaftsbund (2021): Stellungnahme: <https://www.dgb.de/++co++e7c8b2bc-714f-11eb-a1a2-001a4a160123/DGB-Stellungnahme-zum-Entwurf-des-Deutschen-Aufbau-und-Resilienzplans.pdf>

**VERANTWORTLICHER REDAKTEUR:**

Mikael Leyi

**AUTORIN:**

Beatrice di Padua

**KOORDINATION DER VERÖFFENTLICHUNG:**

Carlos Roldán Mejías, Giorgia Gusciglio, Martina Corti

**REDAKTION:**

Sebastian Moffett

**ÜBERSETZUNG AUS DEM ENGLISCHEN:**

TL TRANSLATIONES GmbH

**GRAFIKDESIGN:**

Maximilian Fischer

**BEITRÄGE VON:**

VolontEurope



Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen spiegeln nicht notwendigerweise die Haltung oder Meinung der Europäischen Kommission wider.

**SOLIDAR**

Avenue des Arts, 50  
1000 Brussels - Belgium  
+32 2 500 10 20  
[www.solidar.org](http://www.solidar.org)  
[@SOLIDAR\\_EU](https://twitter.com/SOLIDAR_EU)